

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Nachbarorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Reklamezeile 40 Pfg., Zusatzgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für frühige Übergabe unbedingt geschätzter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Zahlen, ausgibt Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 3. Dezember 1929

31. Jahrg.

Die Pächter hädtischer Grundstücke werden ersucht, **die Landpächte** bis spätestens 15. Dezember an unsere Kämmererei zu zahlen. Kemberg, den 2. Dezember 1929. **Der Magistrat.**

Nutzholzversteigerung. Montag, den 9. Dezember, 9 Uhr, sollen im Stadtfest **Oppin** 370 kieferne Brett- u. Baustämme, 7 eichene Nutzstücke, 2 Birken, (Durchforstung) versteigert werden. Aufmaßlisten sind in der Stadtschreiberei zu bestellen (Zel. 204). Sammelort: Forsthaus, Bedingungen im Termin. Kemberg, den 2. Dezember 1929. **Der Magistrat.**

Die Fuhrenvergebung für 1930 soll Sonnabend, den 7. Dezember, um 18 Uhr im Rathaus stattfinden. Kemberg, den 2. Dezember 1929. **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

Im Reichstag wurde das Freiheitsgesetz mit großer Mehrheit abgelehnt. Große Feiern in den Hauptorten sowohl als auch an den kleinen Plätzen zeigen die außerordentliche Begeisterung in der zweiten Zone des Rheinlandes über die endlich erfolgte Befreiung. Das Arbeitsministerium beschäftigt, dem Reichstag eine Vorlage über die Beitragsverpflichtung in der Arbeitslosenversicherung von 1/2 Prozent vorzulegen. Commandeur Vord hat mit der Ueberlieferung des Südpols einen einjährigen Weltreife aufgeföhrt, da er auch den Nordpol bereits überflogen hatte.

Die zweite Zone frei!

Die Reichsflagge weht auf dem Ehrenbreitstein. — Koblenz, 1. Dezember. Im Rheinland läuten die Glocken, Hammen die Feuerzeichen zum Firmament empor, sie fänden den Jubel der zwei Millionen, die endlich nach 11jähriger Härten, nach Not der Verhungung und unangenehmer Bekräftigung die Freiheit begrüßen dürfen. Die zweite Zone, die Koblenz, Aachen, Düren und Trier umfasst, ist der Heimat, ist dem Reich und somit der höchsten Souveränität wiederzugeben. Nachts 11.55 Uhr verkehrte die Or den Koblenzern der befreiten Städte und am Deutschen Od bei der Zusammenkunft von Rhein und Mosel, verarmte Bevölkerung mehrere Minuten in Schweigen. In allen Städten hielten die Oberbürgermeister Anreden, in Koblenz sprach der Reichsminister für die befreiten Gebiete, und am Grabe Stresemanns auf dem Berliner Außenbreitsteins Friedhof ließ die Stadt Koblenz einen Kranz der Dankbarkeit niederlegen. Zum erstenmal seit Kriegsende wurde auf dem Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz wieder die Reichsflagge gehißt. In Aachen zogen Fackelträger durch die Straßen der befreiten Stadt.

Aufruf des Oberpräsidenten Fuchs.

Die zweite Befreiungszone ist geräumt. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden zwei Millionen Deutsche die Freiheit wiedererlangen. Vom Ehrenbreitstein und vom Dienstadtgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als zehn Jahre der Rheinlandkommision als Internatium gedient hat, wird wieder die deutsche Flagge wehen. In dieser Stunde gebieten wir zunächst der Brüder und Schwestern, die in der dritten Zone des befreiten Gebietes und an der Saar mehrheitlich für Volk und Vaterland fremde Macht zu ertragen haben. Ihnen gilt unter erster herzlicher Gruß. Wir fühlen uns mit ihrem Schicksal nach wie vor innig verbunden. Wir hoffen unverwundlich, daß auch ihnen recht bald die Stimme der Freiheit schließt. Mit offenen Armen werden wir auch die Getreuen von der Saar im Vaterlande empfangen. Unser Dank gilt heute der Reichsregierung, deren weitsehender Politik die Grundlage für eine vorzeitige Räumung gelegt hat. Dankbar denken wir der Führer, die Reich und Staat unserer Heimat in schwerer Zeit haben zuteil werden lassen, und in gläubiger Zuversicht bitten wir auch weiterhin zu ihnen auf, die auch in Zukunft treue Hüterin unserer Belange sein werden.

Es wird noch durchgreifendes Maßnahmen bedürfen, um die von der Befreiung getroffenen Gebiete entwicklungs-fähig zu gestalten. — Der Bevölkerung des nunmehr befreiten Gebietes spreche ich aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung aus für die würdige Haltung, die sie in den langen Jahren der Besetzung gezeigt hat.

Das Freiheitsgesetz im Reichstag.

Dr. Curtius verteidigt den Regierungsvorstand. — Berlin, 30. November. Auf der Tagesordnung der Reichstagsagung stand als einziger Verhandlungspunkt die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen Gesetzentwurfes „gegen die Verfassung des deutschen Volkes“. **Reichsaussenminister Dr. Curtius.** begründete die Stellung der Reichsregierung, die um eine baldige Entscheidung des Reichstages bitte. Sie fordere und erwarde von ihm die Ablehnung des Gesetzes. Der Volksentscheid sei auf den 22. Dezember festgesetzt. Wirtschaftliche Schwierigkeiten seien hieroben ebenso wenig zu befürchten wie eine Beeinträchtigung der Sinnmabgabe. Eine Hinausschiebung würde eine unerwünschte Erhöhung der innen- und außenpolitischen Lage bedeuten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß es sich nur um einen Kampf gegen den Reichsausschuß handle. Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Angriff gegen die Autorität des Staates, in dessen Ansehn sich das Reichskabinett mit den Regierungsparteien einig sei.

Wenn die Mehrheit des Reichstages den Gesetzentwurf ablehne, so bedeute das nicht, daß sie sich mit dem Kriegskabinet abfinde. Wir wollen uns aber nicht der Täuschung schuldig machen, als ob durch Volksentscheid allein internationale Verträge außer Kraft gesetzt werden könnten. Der Minister beschäftigte sich dann mit dem Teil des Gesetzentwurfes, der die Ablehnung des Youngplanes fordert. In keinem Lande der Erde ist durch die letzten Kämpfe Gebahren genommen. Auf politischer Basis Abstim-mungen zu wollen. Auch bei der Schaffung der Weimarer Verfassung habe man an ein solches Volksbegehren wohl nicht gedacht.

Vertagung politischer Entscheidungen in die Massen bedeute Abhandlung der Führung. Der Führergedanke, auf den Jugenberg und die Geinen so stolz seien, gehe damit unter. Wenn weite Kreise der eigenen Partei ihrem Führer nicht gefolgt seien, so habe man dort wohl geföhlt, daß das Volk mißbraucht werden solle. Der Minister verwies auf die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Reichsausschuß und die Reichsregierung vom Volksbegehren ausgenommen sind. Die Regierung habe sich nicht darauf berufen, weil es sich hier nicht um ein Abgabengesetz im eigentlichen Sinne handle. Es sei aber gewiß, daß das Volksbegehren gegen den Sinn der Bestimmung verstoße. Ueber den Youngplan selbst könne er heute nur mit Zurückhaltung sprechen. Die Reichsregierung lei nicht blind gegen die Völkten, die verbleiben würden. Keine Grenzen müßten aber die existenzbedingten Erleichterungen weg-diskutieren können, die er dem deutschen Volke bringe. Vor allem werde die endliche vollständige Räumung der Rhein-landes erreicht.

Der Minister richtete dann 10 Fragen an den Abgeordneten Dr. Jugenberg. Nach Paragraph 2 des vorliegenden Gesetzes, so erklärte er, hat die Reichsregierung auf die Aufhebung der Kriegsschuld und Sanctionsartikel des Versailles Vertrages und die bedingungslose Räumung der befreiten Gebiete hinzuwirken.

Zehn Fragen.

1. Haben Sie, Ho Frage ich Herrn Jugenberg, einen Operationsbefehl zu diesem Etappenbefehl vorbereitet und wollen Sie nicht auf diesen der Reichsregierung für ihren Frontantritt zur Verfügung stellen?
2. Welche Gewähr haben Sie für Ihre in Kassel gemachte Feststellung, daß nach der Ablehnung des Young-Planes die Gläubigerrechte bereit wären, im nächsten Jahre neue Verhandlungen aufzunehmen?
3. Wenn Sie, wie bisher, alles auf die Dawes-Krise einstellen, haben Sie eine Vorstellung vom brennenden Eintritt und vom Verlauf der Krise und haben Sie eine Sicherheit dafür, daß wir am Ende weniger als nach dem Young-Plan zu übernehmen haben?
4. Sie malen die Gefahr einer neuen Währungszerstörung an die Wand, was in triviale Weise eine gewisse Waffe von Zeit zu Zeit wiederholt. Wollen Sie nicht, daß mit der Unabhängigkeit der Reichsbank absolute Gewähr für die Festigkeit der Währung gegeben ist und daß die Reichsbank wiederholt die Probe darauf bestanden hat?
5. Sie werden nach Ihren Kasseten Richtlinien eine auswärtige Politik der gegenseitigen Auslösung der Kriegsschulden treiben und ermahnen, daß alle Staaten auf diesen Weg gedrängt werden, sobald sie sich durch Ihre Politik eröffnen. Wollen Sie uns verraten, welche politischen Schritte Sie bei der Definition dieses Weges im Auge haben?
6. Woher schöpfen Sie die Sicherheit, daß auch die Vereinigten Staaten sich diesem Wege anschließen werden? Sollte der Brief vom März 1929 die Vereinigten Staaten zur Schuldentilgung bereit gemacht haben?

7. Sie wollen die politische Zusammenarbeit in Deutschland durch ein Programm geher politischer Arbeit einleiten. Sind Sie endlich bereit, ein solches nicht aus Schlagworten bestehendes umfangreiches Programm vorzulegen?
8. Solange der Young-Plan über uns lastet, soll es noch Ihnen keine Ordnung in Deutschland, kein gelundenes Regimieren, keine Steuererleichterung usw. geben. Wollen Sie uns den Schlüssel zeigen, der nach Ablehnung des Young-Planes den Weg zu all den Gütern eröffnet?
9. Sie lehnen es ab, nach Annahme des Young-Planes mit anderen annehmenden Parteien zusammenzutreten. Da die hütigen Parteien der Regierungskoalition rundweg jede Koalition mit Ihnen ablehnen, wollen Sie uns die politischen Kräfte weisen, mit denen Sie Ihre Ziele in Zukunft verwirklichen wollen?
10. Ist es zu befragen, daß Sie trotz alledem an einer Politik teilhaben wollen, die unter Abänderung aller politischen Realitäten sich in unrichtbarer Kritik verzehrt, das Volk verheißt, die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanöviert und die müßsam erlämpfte Stellung Deutschlands auf das Schermerde führen würde?

Der Minister sprach von der Demagogie der gegenwärtigen, so fuhr der Minister fort, stelle der Paragraph 4 dar. Es handelt sich hier nicht um eine Gesetzgebungsaktion, sondern um ein in die Form eines Gesetzes gekleidetes Urteil gegen ganz bestimmte Männer. Der Reichsausschuß der deutschen Volkspartei habe dieses Vorgehen als ein Inzornie bezeichnet, für die auch der spätere politische Kampf keine Entschuldigung bietet. Ich habe dem nicht beigepflichtet.

Wenn der vorliegende Entwurf Gesetz würde, würde nicht aus eine Weiterentwicklung unserer politischen Ziele unmöglich gemacht, sondern auch das bisher Erreichte reiflos zerstückelt. Es ist deshalb die Aufgabe der Stunde, eindeutig zu bekunden, daß die Mehrheit des Volkes entschlossen sei, der Reichsregierung auf dem bisherigen Wege der Außenpolitik weiter zu folgen. Wenn es jetzt gelingt, die atuten aus dem Weltkrieg herrührenden Fragen zu befeinigen, werden wir nach mehr als bisher in der Lage sein, diejenigen Aufgaben ins Auge zu fassen, die sich aus der Entwicklung der großen internationalen Zusammenhänge ergeben. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern notwendig. Die Verwirklichung des Volksbegehrens dagegen würde Deutschland in die Isolierung zurückwerfen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Haltung, mit der wir die Wege unserer Außenpolitik gegangen seien, nicht die des demütig Begehrten gewesen sei. Deutschland habe durch die ehrenvolle Niederlage seinen Stolz nicht verloren.

Der Minister wurde häufig durch Zurufe und Gelächter auf der Rechten unterbrochen. Als er die 10 Fragen an Dr. Jugenberg richtete, eröfnete bei den Regierungsparteien förmlicher Beifall und Händelklatschen, häufig auch förmliche Gelächter, worauf von der Rechten mit Zwischenrufen erwidert wurde. Am Schluß erhielt der Minister harten Beifall bei den Regierungsparteien. Einige Nationalsozialisten und Kommunisten wurden zur Ordnung gerufen. Nach der Rede des Außenministers wurde ein Antrag des Abgeordneten **Dr. Fried (Nat.-Soz.)**

auf Herbeiführung des Reichsvertragsministers, der über die Festsetzung der deutschen Eisenbahnlinien im befreiten Gebiet und über die Rechtsstellung der Eisenbahnbeamten im neuen Reichsbahngesetz Auskunft geben sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann nahm Abgeordneter **Eiser (Ztr.)**

das Wort, um im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung zu dem Volksbegehren-Gesetz abzugeben. Er betonte dabei, daß das Gesetz die Ergebnisse der bisherigen deutschen Außenpolitik zerföhren würde. Die durch eine solche einer Politik der Verhängung eine Politik der Herausforderung verlange und die Diskussion ermede, daß Deutschland die Kriegsschulden durch bloßen Protest übersehen und das Rheinland und das Saargebiet infolte völlig befreien könne. Weiter sollten

die verantwortlichen Träger der Reichspolitik als gemeine Verbrecher wegen Landesverrats ins Justizhaus gebracht werden. Damit würden aber nur die in hartem Ringen erlämpften Anträge zum Widerauffstieg Deutschlands gehemmt werden. Die durch das Volksbegehren erfolgte Aufhebung des Volkes und des Mißtrauens des Auslandes hätten die Möglichkeit schon immer erfüllt. In der Zurückweisung der Kriegsschuldtheorie sei das ganze Volk einig.

Abschließend erklärte Abgeordneter Eiser, die Regierungsparteien würden den Entwurf in allen seinen Teilen ablehnen, da er nicht zur Freiheit führe, sondern nur zu neuer Sklaverei und Ohnmacht. Die Ausführungen des Redners wurden bei den Regierungsparteien mit Beifall aufgenommen. **Mit der Ausprache** verbunden wird ein deutlicher Antrags: den Reichsinnenminister zu erlauben, als Tag für die Volksbegehrenung nicht den Goldenen Sonntag, sondern einen Sonntag angulien, der wirklich den Wahlberechtigten die Möglichkeit der Beteiligung biete. **Der Präsident:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. ... (Stimmliche Rufe aus den Regierungsparteien: Jugenberg, Jugenberg!) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Oberföhren.

Abg. Dr. Oberhofen (Dnt.)

zunächst durch die Juris aus dem Saufe an Sprechen verbinde...

Die Gegner des Freiheitsgesetzes vermeiden es ängstlich, sich in eine laichliche Kritik über das Freiheitsgesetz einzulassen.

Wenn man nicht juristisch, sondern mit klaren Worten sich hätte ausdrücken können, so hätte vielleicht gesagt werden müssen: die deutsche Außenpolitik, wie sie seit 1871 ergriffen...

Die Reparationsbank ist ein gefährliches Instrument des Feindbundes gegen Deutschland.

Die Alternative heiße: Young-Kette oder Dawes-Kette.

Der Young-Plan führe zur Verhinderung der deutschen Wirtschaft und zur Verdrängung der deutschen Arbeiter...

Freiheitsgesetz abgelehnt.

Schwerer Kiedekamp in Reichstag.

Das Berlin, 1. Dezember.

Präsident Eöde eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Freiheitsgesetzes.

In Verbindung mit den Anträgen über den Abstammungsgesetz.

Zum § 4 ist namentliche Abstimmung beantragt.

Doktors Töchterlein.

Original-Novelle von Ludwig Blumke.

2) (Madamchen verboten.) Es war ihr Vater, Dr. Keller. Er stieß gegen Tochter mit der mageren, nervös zitternden Hand über die Wangen...

Abg. Frau Lehmann-Beckin (Dnt.)

erklärt, nur in der höchsten Notlage könne man zu dem letzten Mittel des Volksbezehrens greifen.

Abg. v. Karborff (Dnt.)

betont, daß das Volksbezehren sich in erster Linie gegen den verstorbenen Außenminister richte und ferner gegen die Deutsche Volkspartei.

Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Spiel mit dem Feuer.

Was würde man dazu sagen, wenn Volksbezehrens eingeleitet werden über die Streichung hoher Offizierspensionen oder über die Konfiskation aller Vermögen über 50 000 Mark?

Der § 4 des Volksbezehrens hat uns aufs tiefste getränkt und verlezt. Wir haben die Worte an Erzbischof und Athenau erlebt und wissen, welche furchtbaren Folgen es haben kann.

Hugenberg hat es durch seine Aktion unmöglich gemacht, daß sich in den nächsten Jahren eine bürgerliche Einheitsfront gegen den Marxismus bilden kann.

Reichsinnenminister Gevinger

geht zunächst auf die Kritik des Abg. von Karborff an der Haltung der Regierung ein.

Der Minister verteidigt dann die Festsetzung des Abstammungstermins auf den 22. Dezember und erklärt zum Schluß: Namens der Reichsregierung bitte ich das deutsche Volk dringend, am 22. Dezember zu Hause zu bleiben...

Abg. Dr. Breitfeld (Soz.)

betont, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß das Volksbezehren, ganz unabhängig von dem Gutachten der Reichsregierung, verfassungswidrig ist.

nafen ein Interesse haben, damit die weiteren Verhandlungen über den Youngplan eingeleitet werden können.

Abg. Graf Reventlow (Nat.-Soz.)

erinnert an die Kommunalwahlen, die beweisen hätten, daß die Nationalsozialisten im stärksten Vorwärt begriffen seien.

Abg. Stücker (Komm.)

erklärt, in Wahrheit seien die Regierungsparteien und Deutschnationale über die Grundlagen der Außenpolitik einig.

Abg. Ehlermann (Dem.)

berührt es, daß heute die Trifolore von der Stellung Ehrenpreisen heruntergeholt und die schwarz-rot-goldene Reichsfahne gehißt werde.

Abg. Dr. Everling (Dnt.)

erklärt, die Art, wie der Kampf gegen Hugenberg hier geführt werde, zeige, daß es sich um die Abwehrbewegung eines faulen Söldners gegen einen Mann handele, der ihm die Wahrheit sage.

Die Abstimmung.

§ 1, der den unerwünschten feierlichen Widerruf des Kriegsschuldenerkenntnisses verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 318 gegen 82 Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Christlich-Nationalen Bauern, bei 4 Enthaltungen, abgelehnt.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den § 4, monach Reichsanzeiger, Reichsminister und deren Bevollmächtigte, die entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes Verträge mit auswärtigen Mächten schließen.

Präsident Eöde stellt fest, daß das Gesetz in zweiter Lesung erledigt ist.

Die Anträge der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen, die eine Verschiebung der Volksabstimmung in den Januar zum Ziele haben, werden abgelehnt.

Das Haus verläßt sich auf Montag 3 Uhr: Auslieferungsgesetz, Verfassungsausschussgesetz, Novelle zum Reichsstaatsgesetz.

Das Schicksal der Saargruben.

Ministerpräsident Braun im Breußischen Landtag.

Das Berlin, 30. November.

Im Breußischen Landtag fand die mit Spannung erwartete Aussprache über die Große Anfrage der Regierungsparteien wegen des zukünftigen Schicksals der Saargruben statt.

Ministerpräsident Braun erklärte in Beantwortung der Anfrage u. a., auch dem preußischen Staatsministerium seien in der letzten Zeit

schweins steht Hans Eevers vor ihr. Sie küßt einen Freundes aus und hätte dem Geliebten in die Arme fallen mögen im ersten Bohnenrausch.

„Fräulein Eöden“ — so nannte er seit einem Augenblicke — ich konnte nicht anders...

„Ich danke Ihnen von Herzen für — für — nun, daß Sie kamen, Hans.“ — Bitte, kommen Sie mit herein und trinken Sie eine Tasse Kaffee.

„Des überglücklichen Mädchens erste Fragen am Kaffeetisch waren: „Und wie amüsierten Sie sich auf dem Ball? Welche Dame hatten Sie beim Concretanz? Doch wohl Apothekers Lotte?“

„War doch selbstredend.“ Eöden war so vollkommen, sie hätte so viel sagen und fragen mögen, doch hat sie keinen Grund gefunden sich dem kleinen Hans an diesem Morgen. Wie ein liebliches Fräulein kam es ihm vor in ihrer hohen jungfräulichen Anmut.

(Fortsetzung folgt.)



Mein Weihnachtsverkauf

bringt in allen Artikeln eine unübertroffene Auswahl zu enorm billigen Preisen

Damen-Konfektion

Damen-, Frauen-, Backfisch- und Kinder-Mäntel, Tanz- und Straßenkleider
Strickkleider, Jumper, Strickjacken

Seidenstoffe

Größte Farbenfortimente in Veloutine — Crêpe de Chine — Marocain, Moiré
Satin-riche — Crêpe Georgette — Waschseide

Kleiderstoffe

Crêpe-Kaid — Veloutine de laine — Woll-Georgette — Ripse — Popeline
Wollmuflin — Halbtuche und Kleiderbardient

Bett-, Leib- und Tischwäsche

Damenhemden — Nachthemden — Nachtsachen — Tischtücher — Tafeltücher
Kaffeedecken in wunderschönen frdl. Damastmustern — Bettbezüge in Damast
Stangenleinen — Linon — Bekleidete Bezüge — Handtücher — Wisch- und
Staubtücher — Frottierhandtücher in großer Auswahl — Tafelentwürfe

Oberhemden — Binder

Damen- und Herrenhandschuhe in Nappa, im. Wildleder und Tricots

Damen- und Kinderschürzen

in hochmodernen Falls und Mustern

Herren- und Burschen-Ulster — Winterjoppen — bl. Jacken
Windjacken — Arbeitshosen

Künstlergardinen — Tüllbettdecken

Steppdecken — Daunendecken

Bettvorleger, Läuferstoffe, Divan- und Soladecken

Handarbeiten

Vorgezeichnete und fertigestickte Küchen- und Schlafzimmernähturen
Kissendecken — Handtafeln — Oberhandtücher — Klammerschürzen

Strick- und Sportwolle

Bettfedern gar. staubfrei, füllfertig **Inlette**

Damenhüte

Durch direkten Einkauf in Fabriken, unter Ausschaltung des Zwischenhandels und Einkaufsgesellschaften, sowie bis zum äußersten herabgeminderte Betriebskosten, bin ich in der Lage, Ihnen außerordentlich niedrige Preise bei guten Qualitäten bieten zu können.

Otto Wildau :-: Kemberg

Manufaktur-, Putz- und Modewarenhaus

Mein Geschäft ist an den 3 Sonntagen vor Weihnachten von 11 Uhr an geöffnet.

Holzauktion

Mächsten **Donnerstag, den 5. Dezember**, vormittags von
10 Uhr ab verfaufe ab Forstrevier **Rungwitz**
ca. 300 rm altes starkes kiefernes Rollholz
1 m lang
ca. 5 Stangenhaufen
ca. 20 Heistabellen zum Selbstaufbinden
öffentlich meistbietend auf Ort und Stelle.
Bedingungen im Termin.
Zusammenkunft 9/10 Uhr im Forsthaus Rungwitz
Louis Frische, Forstverwalter, Rungwitz bei Kemberg

Trockenes Kiefernrollholz

Stangenhaufen
gibt dauernd ab **Walddörfer Konrad**, Jagdhaus Rohrberg in Parzig

Apotheke Kemberg
Drogen und Pflanzhandlung

Agfa

Camera, Filme, Platten
Chemikalien
Photobilder: Weihnachtsnummer

N.M. 300.—

monatlich und mehr können Herren
und Damen aller Stände verdienen,
ohne Kapital, ohne Fachkenntnisse
als unsere Vertreter. Verdienstausschlag
täglich. Auch nebenberuflich.

Bewerbungen unter „Chem. Fabrik“
an Berlin SO 36/797, Postf. 62

Wer verkauft

Wohn- u. Geschäftshaus, Villa, Land-
wirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst.
Betrieb, auch Vatterrain. Sof. An-
gebote an **F. Wihl, Barentzin, Hamburg**,
Glockengießerwall 16
Ein Stamm **Katzi-Campbell-Enten**

Enten

zu verkaufen **Leipziger Str. 26**

Oberhemden

Nachthemden *Schlafanzüge*
Unterwäsche — Einsatzhemden
Binder — Krawatten
Strümpfe
Hosenträger-Garnituren
auch für den verwöhntesten Geschmack
bei **Richard Samann**

Prima frisches Rind- und Schweinefleisch

frische Leber u. Fleck
empfehl **Ernst Bachmann**

Morgen Dienstag
empfehle
frischen Schellfisch

frische grüne Heringe
Friedr. Reinecke, Anhalterstr.

Dienstag früh
empfehle
frischen echten Schellfisch

frische grüne Heringe
Wierhsche, Burgstraße

Kaasschlachten

Schlachte morgen **Dienstag** ein
Schwein und verfaufe von 12 Uhr
mittags an

Fleisch, Wurst und Gehacktes
Pfund 1,20 M.
Ernst Lehmann, Leipzig, Neumarkt 9

1 Morgen Acker

wird zu kaufen gesucht. Zu erfragen
in der Geschäftsstelle dieses Blattes.
Sonabend wurde in Kemberg ein
großes Herrenportemontate
mit einem Schlüssel
verloren. Gegen Belohnung abzu-
geben in der Geschäftsstelle d. Bl.

Lehrling

mit guter Schulbildung für Oftern
gesucht.
Bäckerei **Ernst Wend** Konditorei
Telefon 338

Freiw. Feuerwehr
Donnerstag, den 5.
Dezember, abends 8 1/2
Uhr bei Kam. Feiner
(Dopfenblüte)

Bersammlung

Um zahlreiches Erscheinen der Kameraden
bitter
Der Oberbrandmeister.

Zum Weihnachtsfest

empfehle in größter Auswahl und feinsten Qualität

Honigkuchen und Lebkuchen

lose und in Packungen

**Sarotti-
Most** Marzipan-Artikel.
Schokoladenherzen und Bretzeln
Spekulatius-Spritzkuchen

Baumbehang Kinderkaufaden - Artikel

Most und Sarotti

Schokoladen u. Konfekt in schönen Weihnachtspackungen

Bäckerei **Ernst Wend** Konditorei
Telefon 338

4 tragende Ziegen Café Irmer

zu verkaufen oder zu vertauschen
Schmiedebergerstraße 15

Glückwunschkarten
für alle Gelegenheiten
empfehl **Rich. Arnold**

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Bund deutsch. Kriegsteil-
nehmer und Republikaner

Morgen Dienstag abends 1/2 9 Uhr
im Bürgeraal

Bersammlung
Um zahlreiches Erscheinen bitter
Der Vorstand

Krieger - Verein

Hauskirmes
Sonntag, den 8. Dezember

Dienstag, den 5. Dez.,
abends 1/8 Uhr im Hotel
Balmbaum

Monats-Bersammlung
Der Vorstand.

Fahrschule
für Motorräder, Personen- und
Lastkraftwagen, für Berufs- und
Herrenfahrer.

Auto-Heinze Wittenberg
Jernruf 2040.

Turn-Verein „Gut Heil“ Reuden

Zu seinem am Sonntag, den 8. Dezember, von abends
7 Uhr an stattfindenden

Winter-Vergnügen

bestehend aus:
Konzert, Theater, turnerischen Vorführungen u. Ball
ladet freundl. ein **der Vorstand.**

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagsblatt und Illustriertes Unterhaltungsblatt. — Bezugspreis: Monatspreis für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höhere Detail-, Betriebs- und Streifen- u. w. eilt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Preitsseite oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederabgabe unbedingt geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 143

Dienstag, den 3. Dezember 1929

31. Jahrg.

Die Pächter städtischer Grundstücke werden ersucht,

die Landpächte

bis spätestens 15. Dezember an unsere Kämmererei zu zahlen. Kemberg, den 2. Dezember 1929.

Der Magistrat.

Nutzholzversteigerung.

Montag, den 9. Dezember, 9 Uhr, sollen im Stadtfest Döppin

370 kieferne Brett- u. Bauftämme, 7 eiserne Nutzstücke,



zwei Millionen, die endlich nach 17-jähriger Kälte, nach Not der Befassung und unangenehmer Bedrückung die Freiheit begrüßen dürfen. Die zweite Zone, die Koblenz, Aachen, Düren und Trier umfasst, ist der Heimat, ist dem Reich und somit der deutschen Souveränität wiedergegeben. Nachts 11.55 Uhr verließ die an den Rathenauern der befreiten Städte und am Deutschen Eck bei Koblenz, dem Zusammenfluß von Rhein und Mosel, verjammerte Bevölkerung mehrere Minuten in Schweigen. In allen Städten hielten die Oberbürgermeister Ansprachen, in Koblenz sprach der Reichsminister für die besetzten Gebiete, und am Grabe Stresemanns auf dem Berliner Lustenstädtischen Friedhof ließ die Stadt Koblenz einen Kranz der Dankbarkeit niederlegen. Zum erstenmal seit Kriegsende wurde auf dem Ehrenbreitstein gegenüber Koblenz wieder die Reichsfahne gehißt. In Aachen zogen Fackelträger durch die Straßen der befreiten Stadt.

Aufruf des Oberpräsidenten Fuchs.

Die zweite Befatzungszone ist geräumt. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember werden zwei Millionen Deutsche die Freiheit wiedererlangen. Vom Ehrenbreitstein und vom Dienstgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als zehn Jahre der Rheinlandkommission als Unterkunft gedient hat, wird wieder die deutsche Fahne wehen.

In dieser Stunde werden wir zunächst der Brüder und Schwestern, die in der dritten Zone des besetzten Gebietes und an der Saar weiterhin für Volk und Vaterland fremde Mächte zu ertragen haben. Ihnen gilt unser erster herzlichster Gruß. Wir fühlen uns mit Ihrem Schicksal nach wie vor innig verbunden. Wir hoffen zuversichtlich, daß auch Ihnen recht bald die Stunde der Freiheit lächelt. Mit offenen Armen werden wir auch die Getreuen von der Saar im Vaterlande empfangen.

Unser Dank gilt heute der Reichsregierung, deren weitsehender Politik die Grundlage für eine vorzeitige Räumung gelegt hat. Dankbar denken wir der Fürsorge, die Reich und Staat unserer Heimat in schwerer Zeit haben zuteil werden lassen, und in gläubiger Zuversicht blicken wir auch weiterhin zu Ihnen auf, die auch in Zukunft treue Hüterin unserer Belange sein werden.

Es wird noch durchgreifender Maßnahmen bedürfen, um die von der Befatzung getroffenen Gebiete entwicklungsfähig zu gestalten. — Der Bevölkerung des nunmehr befreiten Gebietes spreche ich aufrichtigen Dank und wärmste Anerkennung aus für die würdige Haltung, die sie in den langen Jahren der Befatzung gezeigt hat.

Das Freiheitsgesetz im Reichstag.

Dr. Curtius verteidigt den Regierungsentwurf.

— Berlin, 30. November.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung stand als einziger Verhandlungspunkt die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen Gesetzentwurfes gegen die Verletzung des deutschen Volkes.

Reichsaußenminister Dr. Curtius.

begründete die Stellung der Reichsregierung, die um eine baldige Entscheidung des Reichstages bitte. Sie forderte und erwartete von ihm die Ablehnung des Gesetzes. Der Volksbegehren ist auf den 22. Dezember festgesetzt. Wirtschaftliche Schätzungen seien hieron ebenso wenig zu befürchten wie eine Beeinträchtigung der Stimmabgabe. Eine Einschränkung würde eine unerwünschte Erschwerung der innen- und außenpolitischen Lage bedeuten. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß es sich nur um einen Kampf gegen Severing handele. Die Aktion des Reichsausschusses sei ein Angriff gegen die Autorität des Staates, in dessen Auftrag sich das Reichsstatistat mit den Regierungsparteien einigt sei.

Wenn die Mehrheit des Reichstages dem Gesetzentwurf ablehne, so bedeute das nicht, daß sie sich mit dem Kriegsschuldurteil abfinde. Wir wollen uns aber nicht der Täuschung schuldig machen, als ob das Volkseinstimmig allein internationale Verträge außer Kraft gesetzt werden könnten.

Der Minister beschäftigte sich dann mit dem Teil des Gesetzentwurfes, der die Ablehnung des Youngplanes fordert. In keinem Lande der Erde sei man bisher auf den Gedanken gekommen, Außenpolitik durch Abstimmung machen zu wollen. Auch bei der Schaffung der Weimarer Verfassung habe man an ein solches Volksbegehren wohl nicht gedacht.

Verleugung politischer Entscheidungen in die Massen bedeute Abhandlung der Führung. Der Führergedanke, auf den Jugenbergs und die Seinen so stolz seien, gehe damit unter. Wenn weite Kreise der eigenen Partei ihrem Führer nicht gefolgt seien, so habe man dort wohl gefühlt, daß das Volk mißbraucht werden solle. Der Minister verwies auf die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Haushaltsplan und Abgabengesetze vom Volksbegehren ausgenommen sind. Die Regierung habe sich nicht darauf berufen, weil es sich hier nicht um ein Abgabengesetz im eigentlichen Sinne handele. Es sei aber gewiss, daß das Volksbegehren gegen den Sinn dieser Bestimmung verstoße. Lieber den Youngplan selbst könne er heute nur mit Zurückhaltung sprechen. Die Reichsregierung sei nicht blind gegen die Voten, die verlesen würden. Keine Rechnungen würden aber die erheblichen Ersparungen wegdisziplinieren können, die er dem deutschen Volke bringe. Vor allem werde die endliche vollständige Räumung des Rheinlandes erreicht.

Der Minister riefte dann 10 Fragen an die Abgeordneten Dr. Jugenbergs. Nach Paragraph 2 des vorliegenden Gesetzes, so erklärte er, hat die Reichsregierung auf die Aufhebung der Kriegsschuld und Sanctionsartikel des Versailler Vertrages und die bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete hinzuwirken.

Zehn Fragen.

1. Haben Sie, so frage ich Herrn Jugenbergs, einen Operationsbefehl zu diesem Etappenbefehl vorbereitet und wollen Sie nicht auch diesen der Reichsregierung für ihren Frontkampf zur Verfügung stellen?
2. Welche Gewähr haben Sie für Ihre im Kassei gemachte Feststellung, daß nach der Ablehnung des Youngplanes die Gläubigerermäße bereit wären, im nächsten Jahre neue Verhandlungen aufzunehmen?
3. Wenn Sie, wie bisher, alles auf die Dames-Krise einstellen, haben Sie eine Vorstellung von deren Eintritt und vom Verlauf der Krise und haben Sie eine Sicherheit dafür, daß wir am Ende weniger als nach dem Young-Plan zu übernehmen haben?
4. Sie malen die Gefahr einer neuen Währungsgerüttung an die Wand, was in irrtümlicher Weise eine gewisse Prelle von Zeit zu Zeit wiederholt. Willen Sie nicht, daß mit der Unabhängigkeit der Reichsbank absolute Gewähr für die Festigkeit der Währung gegeben ist und daß die Reichsbank wiederholt die Probe darauf bestanden hat?
5. Sie werden nach Ihren Kassei-Richtlinien eine auswärtige Politik der gegenseitigen Auflösung der Kriegsschulden treiben und erwarten, daß alle Staaten auf diesen Weg gedrängt werden, sobald sie ihn durch Ihre Politik eröffnen. Wollen Sie uns versetzen, welche politischen Schritte Sie bei der Definition dieses Weges im Auge haben?
6. Woher schöpfen Sie die Sicherheit, daß auch die Vereinigten Staaten sich diesem Wege anschließen werden? Sollte Ihr Brief vom März 1929 die Vereinigten Staaten zur Schuldentilgung bereit gemacht haben?

7. Sie wollen die politische Zusammenarbeit in Deutschland durch ein Programm großer politischer Arbeit einleiten. Sind Sie endlich bereit, ein solches nicht aus Schlagworten bestehendes umfassendes Programm vorzulegen?

8. Solange der Young-Plan über uns lastet, soll es nach Jugenbergs keine Steuererleichterung um geben. Wollen Sie uns den Schluß zeigen, der nach Ablehnung des Youngplanes den Weg zu all den Gütern eröffnet?

9. Sie lehnen es ab, nach Annahme des Young-Planes mit anderen annehmenden Parteien zusammenzutreten. Da die bürgerlichen Parteien der Regierungskoalition rundweg jede Koalition mit Ihnen ablehnen, wollen Sie uns die politischen Schritte nennen, mit denen Sie Ihre Ziele in Zukunft verwirklichen wollen?

10. Ist es zu befragen, daß Sie trotz allem an einer Politik festhalten wollen, die unter Missachtung aller politischen Realitäten sich in unerschütterlicher Kritik der Welt verhält. Die eigene Partei in hoffnungslose Isolierung hineinmanövriert und die mühsam erlangte Stellung hinterläßt, das als schwerste Gefahren mülte?

Den Gipfel der Demagogie der ganzen Aktion, so fuhr der Minister fort, stelle der Paragraph 4 dar. Es handelt sich hier nicht um eine Gesetzgebungsaktion, sondern um ein in die Form eines Gesetzes gekleidetes Urteil gegen ganz bestimmte Männer. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei habe dieses Vorgehen als ein Infamie bezeichnet, für die die ihr schärfste politische Kampf keine Entschuldigung bietet. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Wenn der vorliegende Entwurf Gesetz würde, wäre nicht nur eine Weiterverfolgung unserer politischen Ziele unmöglich gemacht, sondern auch das bisher Erreichte reiflos zertrümmert. Es ist deshalb die Aufgabe der Stunde, eindeutig zu bekunden, daß die Mehrheit des Volkes entschlossen sei, der Reichsregierung auf dem bisherigen Wege der Außenpolitik weiter zu folgen. Wenn es jetzt gelinge, die alten aus dem Weltkrieg herriehrenden Fragen zu beheimen, werden wir nach mehr als bisher in der Lage sein, diejenigen Aufgaben ins Auge zu fassen, die aus der Entlastung der großen internationalen Zusammenhänge ergeben. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den anderen Völkern notwendig. Die Bemittlichung des Volksgehrens dagegen würde Deutschland in die Isolierung zurückwerfen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß die Haltung, mit der wir die Wege unserer Außenpolitik gegangen seien, nicht die des demütig Besiegten gewesen sei. Deutschland habe durch die ehrenvolle Niederlage seinen Stolz nicht verloren.

Der Minister wurde häufig durch Zurufe und Gelächter auf der Rechten unterbrochen. Als er die 10 Fragen an Dr. Jugenbergs richtete, erklärte bei den Regierungsparteien stürmischer Beifall und Händeklatschen, häufig auch lärmliches Gelächter, worauf von der Rechten mit Zwischenrufen erwidert wurde. Am Schluß erhielt der Minister starken Beifall bei den Regierungsparteien. Einige Nationalsozialisten und Kommunisten wurden zur Ordnung gerufen.

Nach der Rede des Außenministers wurde ein Antrag des Abgeordneten

Dr. Fritz (Nat.-Soz.)

auf Herbeiführung des Reichsvertrahnsministers, der über die Erfüllung der deutschen Ehrenpflichten im besetzten Gebiet und über die Reichsstellung der Ehrenabkommen im neuen Reichsbegehrengelei Auskunft geben sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann nahm Abgeordneter

Eßer (Ztr.)

das Wort, um im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung zu dem Volksbegehren-Gesetz abzugeben. Er betonte dabei, daß das Gesetz die Ergebnisse der bisherigen deutschen Außenpolitik zerlöschen wolle, da es an Stelle einer Politik der Verständigung eine Politik der Herausforderung verlange und die Massen erwecke, daß Deutschland die Kriegsschulden durch bloßen Verzeil abmerken und das Rheinland und das Saargebiet sofort völlig befreien könne. Weiter folgten

die verantwortlichen Träger der Reichspolitik als gemeine Verbrecher wegen Landesverrats ins Justizhaus gebracht werden. Damit würden aber nur die in harten Ringen erlittenen Anläufe zum Wiederwärtigen Deutschlands gehemmt werden. Die durch das Volksbegehren erfolgte Aufwühlung des Volkes und das Mißtrauen des Auslandes hätten die Wirtschaft schon länger erschüttert.

In der Zurückweisung der Kriegsschuldtheile lie das ganze Volk einig.

Abschließend erklärte Abgeordneter Eßer, die Regierungsparteien würden den Entwurf in allen seinen Teilen ablehnen, da er nicht zur Freiheit führe, sondern nur zu neuer Sklaverei und Schmach.

Die Ausführungen des Redners wurden bei den Regierungsparteien mit Beifall aufgenommen.

Mit der Aussprache verbunden wird ein deutschnationaler Antrag: den Reichsinnenminister zu ersuchen, als Tag für die Volksabstimmung nicht den Goldenen Sonntag, sondern einen Sonntag anzulegen, der wirklich den Wahlberechtigten die Möglichkeit der Beteiligung biete.

Der Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dr. ... (Stimmliche Rufe aus den Regierungsparteien: Jugenbergs, Jugenbergs!) Das Wort hat Herr Abg. Dr. Oberhofen.